



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

IX. Legislaturperiode

Sitzung Nr. 10 vom 30. Mai 2005

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 bis 21.55 Uhr

Leitung: V. Dubi

Anwesend: Mitglieder

Abwesend: T. Rehmann

Protokollgenehmigung: Das Protokoll der 9. Sitzung vom 25.4.2005 wird mit einer Korrektur genehmigt. Auf Seite 133, Votum von F. Dietiker, SP, muss es heissen: *Ausserhalb der Bauzone gilt auch nach 1991 immer noch der dynamische Waldbegriff.*

Präsidentin:

Protokoll:

Verena Dubi

Brigitte Christen

Mitteilungen der Präsidentin Verena Dubi:

- Für A. Erhardt, welcher letztes Mal verabschiedet wurde, rückt Gaida Löhr nach. Sie war bereits früher im Einwohnerrat.
- Das Büro hat eine ausserordentliche Sitzung abgehalten, bei welcher es um die Teilnahme von Gemeinderats-Mitgliedern an Kommissionssitzungen ging. Das Protokoll der Sitzung wird allen Mitgliedern zugestellt.
- Erstmals war sie zu einer Generalversammlung des Rebberg-Vereins eingeladen.
- Es fand ein Begabten-Konzert von JMS-Schülern und -Schülerinnen statt. Erfreulicherweise waren unter den Besucherinnen und Besuchern auch ein paar Parlamentarier/innen auszumachen.
- Letzten Samstag fand bei heissem Wetter der jährliche Einwohnerratsausflug statt. Sie dankt nochmals allen, die teilgenommen haben.

Neu eingereichte persönliche Vorstösse :

- Interpellation CVP vom 27.5.2005: ILS auf Piste 34 des Flughafens Basel-Mulhouse (Gesch. Nr. 63)
- Postulat SVP-Fraktion vom 27.5.2005: Massnahmen gegen Plakatschändungen (Gesch. Nr. 64)

Es wird kein Wortbegehren gestellt.

Die Vorstösse gehen zur Bearbeitung an den Gemeinderat.

Traktandenliste:

	Gesch. Nr.
1. Antrag des Gemeinderats vom 10.5.2005: Ersatzwahl GRPK für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008	61
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005: Leistungsauftrag 7 öffentliche Sicherheit	52
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.5.2005: Zusatzkredit Ortsplanungsrevision	60
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.4.2005 und Bericht der GRPK vom 18.5.2005: Rechnung 2004	57
5. Antrag des Gemeinderats vom 12.4.2005 und Bericht der GRPK vom 18.5.2005: Jahresbericht 2004	59
6. Interpellation, FDP-Fraktion vom 8.3.2005 Schutzraumbestand Antwort des Gemeinderats	54
7. Interpellation SP-Fraktion vom 10.3.2005 Wo stehen wir am Kronenplatz? Antwort des Gemeinderats	56
8. Diverses	

Traktandum 1**Geschäft Nr. 61**

Antrag des Gemeinderats vom 10.5.2005:

Ersatzwahl GRPK für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2008Eintreten:

SP: *S. Zürcher* schlägt als Nachfolger Guido Köhler vor. Er ist seit Februar 2003 im Amt und seit Juli vergangenen Jahres Mitglied der BPK. Er ist bereit, als Stellvertreter in der GRPK zu wirken.

Einstimmig wird beschlossen:

://: Als stellvertretendes Mitglied in die Geschäfts und Rechnungsprüfungskommission bis 30.6.2008 wird in Stiller Wahl gewählt: Guido Köhler, SP

Traktandum 2**Geschäft Nr. 52**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 22.2.2005:

Leistungsauftrag 7 öffentliche SicherheitEintreten:

SP: *F. Dietiker* schlägt vor, das Dokument mit einem Glossar zu ergänzen, in welchem für Laien die Fachbegriffe erklärt würden. Seine Fraktion will auf das Geschäft eintreten.

CVP: *K. Amacker* hält fest, dass auch ihre Fraktion Eintreten beschlossen hat und den Anträgen zustimmen wird. Sie ist der Auffassung, dass der Gemeinde die öffentliche Sicherheit der Betrag von 1 Mio. Franken im Globalbudget wert sein sollte.

SVP: *U. Rediger:* Auch seine Fraktion kann sich mit der Vorlage Nr. 52 einverstanden erklären.

FDP: *G. Metz* stimmt namens seiner Fraktion den Anträgen ebenfalls zu. Die Vorlage ist eine gute Basis für die zukünftige Tätigkeit.

Grüne/EVP: *R. Bänziger* signalisiert als Fraktionssprecherin gleichfalls Zustimmung zum vorliegenden Geschäft. Sie gibt zu bedenken, ob es sinnvoll ist, als Indikator für das Wirkungsziel das "Sicherheitsempfinden" zu nennen, ist dies doch eine ausgesprochen subjektive Grösse.

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* geht auf das letzte Votum ein. Bei Untersuchungen stellt sich immer wieder heraus, dass das Gefühl von Sicherheit als wichtig erachtet wird und Ausdruck von Lebensqualität und Wohlbefinden genannt wird.

Detailberatung:

SP: *U. Kunz* ist aufgefallen, dass ein eklatanter Unterschied zwischen den Ausgaben der Feuerwehr und des Zivilschutzes besteht. Die Feuerwehr ist im Gegensatz zum Zivilschutz das ganze Jahr auf Pikett und häufig im Einsatz, was beim Zivilschutz nicht der Fall ist. Dies müsste allenfalls überprüft werden. Zudem sind Ausgaben bei letzterem für Gebäudeunterhalt erwähnt, welche für ihn nicht nachvollziehbar sind. Besteht hier allenfalls Potenzial für Einsparungen?

Gemeinderat B. Gehrig erläutert, dass beim Zivilschutz die Ausbildung die grösste Ausgabe darstellt. Diese wird vom Kanton vorgeschrieben, ausserdem ist die Anzahl Personen viel grösser als bei der Feuerwehr. Die Ausgaben für Gebäudeunterhalt sind dann beim eigentlichen Leistungsauftrag nochmals genau zu prüfen.

FDP: *M. Ziegler* unterstreicht das Votum des Vorredners. Er hat bekanntlich eine Interpellation eingereicht; denn er ist der Meinung, dass durch Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden im Zivilschutz Einsparungen möglich wären.

Grüne/EVP: *R. Bänziger:* Bei der Feuerwehr wird in Minuten angegeben, wie lange es nach dem Anruf bei der Feuerwehr bis zu ihrem Erscheinen vor Ort dauert. Bei der Polizei fehlen diese Angaben. Sie möchte wissen, wie lange gerechnet werden muss, bis diese eintrifft.

SVP: *U. Rediger* erwähnt, dass es auch seiner Fraktion problematisch erscheint, aufgrund von Umfragen das Wirkungsziel "Sicherheit" festzulegen. Es müsste sich um eine breit abgestützte Befragung handeln, um repräsentativ zu sein. Überdies erscheint es wichtig, wie R. Bänziger soeben erwähnte, für die Polizei einen Standard festzulegen, welcher auch ausserhalb der Dienstzeit gilt.

Gemeinderat B. Gehrig weist darauf hin, dass es bezüglich Polizei massgebend ist, wie und wann die Alarmierung erfolgt. Nachts hat die Gemeindepolizei Bereitschaftsdienst. Alle Anrufe gelangen primär an die Kantonspolizei, welche eine erste Beurteilung betreffend Zuständigkeit vornimmt. Persönlich hat er allerdings gewisse Bedenken, ob die Kantonspolizei seit ihrer Reorganisation noch in der Lage ist, genügend rasch zu reagieren. Es hängt somit davon ab, weshalb die Polizei alarmiert wird. Allgemein ist es schwierig festzulegen, wie die Wirkung kontrolliert werden kann. Seines Erachtens ist die Befragung ein gutes Instrument, um die Zufriedenheit über Dienstleistungen zu eruieren.

SP: *G. Köhler* möchte wissen, wie dies in den konkreten Fällen geplant ist. Er befürchtet, dass dies ins Uferlose führen würde.

Gemeinderat B. Gehrig entgegnet, dass ein Beschluss vorliegen muss, in welcher Form und welchem Umfang eine Befragung durchgeführt werden soll. Solche Umfragen sind gezielt vorzunehmen, z. B. wenn sich ein Bedürfnis abzeichnet.

CVP: *K. Amacker* greift nochmals das Votum von U. Kunz auf. Sie weist darauf hin, dass der Aufwand für den Zivilschutz 300'000 Franken beträgt, bei der Feuerwehr 530'000. Allerdings wirft die Feuerwehr einen Ertrag ab von 490'000, im Gegensatz dazu beim Zivilschutz nur 6'000 Franken. Betrachtet man nur den Aufwand, so ist die Feuerwehr erheblich teurer.

Einstimmig wird beschlossen:

- ://:** **2.1 Der Einwohnerrat beschliesst den vorliegenden Leistungsauftrag im Grundsatz.**
- 2.2 Der Gemeinderat legt mit dem Budget 2006 eine aktualisierte Version vor.**

Traktandum 3

Geschäft Nr. 60

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.5.2005:
Zusatzkredit Ortsplanungsrevision

Eintreten:

CVP: *A. Achermann* erklärt, dass seine Fraktion das Geschäft zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission überweisen will. Seit der Bewilligung des ersten Planungskredits im Jahr 1999 sind verschiedene Zwischenergebnisse erreicht worden. Kürzlich hat eine Zukunftskonferenz stattgefunden. Soll ein so komplexes zukunftsweisendes Planungsvorhaben wie dieses erfolgreich abgeschlossen werden, ist eine frühzeitige Information und politische Diskussion auch über Zwischenergebnisse aus Sicht seiner Fraktion unabdingbar. Damit kann ein Scheitern des Gesamtprojekts vermieden werden.

FDP: *S. Cron:* Mit dem vorliegenden Antrag will der Gemeinderat doppelt soviel ausgeben wie vorgesehen war. Die Fraktion beantragt Rückweisung der Vorlage. Begründung: Ziel und Vorgehen gemäss Vorlage vom März 1999 sind auch heute noch verbindlich ebenso der raumplanerische Ansatz, insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, dass Binningen über höchst bescheidene Baulandreserven verfügt. Es ist eine Illusion zu glauben, dass mittels Ortsplanung die Entwicklung einer Gemeinde im Detail definiert werden kann. Die Interessen der Grundeigentümer/innen beeinflussen stark die planerischen Vorgaben. Im Grossen und Ganzen ist Binningen gebaut. Das Entwicklungspotenzial ist begrenzt. Der Nutzen von Entwicklungsstrategien und Zukunftskonferenzen ist mit grossem Zeit- und Arbeitsaufwand verbunden und mündet nicht zuletzt in enttäuschten Einwohner/innen, welche sich in gutem Glauben an der Konferenz engagierten. Ausserdem muss sich die Exekutive darüber im Klaren sein, dass auch eine zahlreich besuchte Konferenz zwar ein Stimmungsbild vermittelt aber kein repräsentatives Abbild der Gesamtbevölkerung darstellt. Deshalb wünscht die FDP-Fraktion, dass der Gemeinderat auf die geplanten vertiefenden Workshops verzichtet. Bedenklich und inakzeptabel erscheint es, dass der Gemeinderat vom im 1999 beschlossenen Konzept abweicht und eine 50'000 Franken teure Zukunftskonferenz organisiert ohne vorgängig die Zustimmung der Legislative einzuholen. Diese Ausgabe bildet nicht Bestandteil des damals genehmigten Kredits von 300'000 Franken und darf diesem nicht belastet werden. Dafür wird eine separate Vorlage verlangt. Die Fraktion erwartet die zügige Umsetzung der Ortsplanungsrevision, wie sie in der Vorlage 145 vorgegeben wurde. Aus all diesen Gründen plädiert sie auf Rückweisung des Geschäfts Nr. 60.

SP: *B. Jost* befürwortet namens ihrer Fraktion die Neuausrichtung bezüglich Ortsplanung. Es ist sinnvoll, dass zuerst eine Strategie festgelegt wird, bevor Konzepte ausgearbeitet werden. Der Einbezug der Bevölkerung war wichtig und richtig und stiess auf positives Echo. Es wäre für viele sehr enttäuschend, wenn nach dieser Konferenz keine Fortsetzung mehr folgen würde. Die Kosten sind detailliert ausgewiesen. Dass während der ganzen letzten Legislaturperiode nichts geschah, ist höchst bedauerlich. Der eingeschlagene Weg soll nun weiter geführt werden. Und für eine gelungene Ortsplanung sind auch Träume und Visionen notwendig.

Grüne/EVP: *K. Birkhäuser* wundert sich über die Aussage von S. Cron, Binningen sei fertig gebaut. Im Gegensatz dazu ist er der Ansicht, dass sich eine Gemeinde stets im Wandel befindet und sich verändernden Bedürfnissen anpassen muss. Seine Fraktion will den Zusatzkredit direkt beschliessen. Die Begründung des Gemeinderats ist sachlich richtig und der kostengünstigste Weg. Die Überweisung an die BPK kostet Zeit und Sitzungsgelder und wird letztlich doch im Antrag auf Bewilligung münden. Der 1999 gesprochene Kredit war nur für eine technische Minimalvariante gedacht und beinhaltete Mitwirkung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Arbeitsaufwand einer begleitenden Kommission und der Verwaltung. Es ist wichtig, dass jetzt zügig weitergearbeitet werden kann.

SVP: *M. Trautwein* möchte vorab eine Erklärung vom Gemeinderat, weshalb die Ortsplanungsrevision noch nicht abgeschlossen ist, zumal die Vollzugsphase im Herbst 2002 hätte beginnen müssen. Die Vergabe an ein Planungsteam im Juni 2003 erfolgte zu spät, weshalb? In den vorliegenden Unterlagen findet sich ein Widerspruch: Unter Punkt 2 ist von einer Kostenüberschreitung von

25'000 Franken die Rede und unter Punkt 4 führt der Gemeinderat aus, dass noch ein Restkredit von 100'000 vorhanden ist, welcher für die 1999 bewilligten Arbeiten ausreichen würde. Für seine Fraktion ist nicht nachvollziehbar, warum auf die in sich geschlossene Vorlage 145 ein neues Geschäft aufgepfropft wird. Ihres Erachtens wäre es absolut genügend, die Pläne zu aktualisieren und an das neue Gesetz anzupassen. Mit dem Ziel, einen kommunalen Richtplan oder eine Entwicklungsstrategie auszuarbeiten, kann der Gemeinderat auf dieser Basis aufbauen. Der Kreditantrag wird abgelehnt.

SP: *S. Zürcher* meint, dass der Gemeinderat mit der neuen Vorlage lediglich den 1999 gefällten Beschluss umsetzt. Dass während vier Jahren das Geschäft einfach ruhte, ist peinlich und beschämend. Im Gegensatz zur früheren Vorlage beinhaltet die neue nun transparent alle Nebenkosten inklusive die Mitwirkung. Die Ortsplanung soll nun endlich vorangetrieben werden und die überholte von 1973, welche noch von 30'000 Einwohner/innen ausging, der Realität angepasst werden.

FDP: *M. Ziegler* betont, dass es einfach Tatsache bleibt, dass keine grossen Baulandreserven mehr vorhanden sind. Es stört, dass der Gemeinderat einen Systemwechsel vorgenommen hat, ohne vorgängig den Einwohnerrat zu konsultieren. Aus Sicht der Fraktion hätte die vorgeschriebene Mitwirkung später stattfinden sollen, damit keine falschen Vorstellungen geschürt werden. Dass eine Revision vorgenommen werden muss, ist gesetzlich vorgegeben und unbestritten. Allenfalls wird die Fraktion anstelle einer Rückweisung der Überweisung an die BPK zustimmen.

CVP: *A. Achermann* plädiert nochmals für Überweisung an die BPK, um die aufgeworfenen Fragen und angeblichen Widersprüche zu klären. In Anbetracht des Betrags von 300'000 Franken sind die dadurch entstehenden Kosten verkraftbar.

Grüne/EVP: *U. von Bidder* hält fest, dass der Gemeinderat das umsetzt, was bereits 1999 unter Punkt 3.2 steht, nämlich: *Das ganze Gemeindegebiet ist mit der Ortsplanungsrevision daraufhin zu überprüfen, wo Massnahmen zur Verbesserung oder zum Erhalt von städtebaulicher Qualität nötig und/oder sinnvoll sind.* Er wird den Zusatzkredit bewilligen.

SVP: *M. Trautwein* beharrt auf dem Standpunkt, dass zuerst die Vorlage 145 umzusetzen ist, um auf diesen Grundlagen aufzubauen und jene Zielsetzungen nicht mit neuen zu vermischen.

Grüne/EVP: *M. Schmidli:* Zur Verteidigung der Zukunftskonferenz ist es ihr ein Anliegen festzuhalten, dass allen Teilnehmenden bewusst ist, dass die formulierten Visionen nicht tel quel verwirklicht werden können. Sie persönlich empfand diese Konferenz als etwas überaus Positives und Kreatives.

SP: *F. Dietiker* richtet sich an die SVP-Fraktion. Seines Erachtens ist es völlig unlogisch, räumliche Entwicklungskonzepte und eine Richtplanung erst im Anschluss an die Ortsplanung festzulegen.

CVP: *K. Amacker:* Eine Mitwirkung macht nur Sinn, wenn sie frühzeitig stattfindet, andernfalls handelt es sich lediglich um eine Information.

FDP: *C. Fünfschilling* möchte, dass bezüglich Strategiewechsel eine politische Diskussion stattfindet und das Parlament nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird.

Stellungnahme des Gemeinderats: *A. Schuler:* Die Frage, weshalb in der letzten Legislatur das Geschäft liegen blieb, kann sie nicht beantworten; sie war damals noch nicht im Gemeinderat. Eine Verzögerung trat im Januar 2004 ein, weil sich Verständigungsprobleme ergaben zwischen der vom Gemeinderat eingesetzten Begleitgruppe und dem Planer. Vom vorgesehenen Prozedere wurde abgewichen und es wurde damit begonnen, Gebietsanalysen vorzunehmen. Aus der Vorlage 145 geht klar hervor, dass der Gemeinderat Ziele formulieren und beschliessen muss und diese der Bevölkerung zu unterbreiten hat, bevor die Ausarbeitung von Konzepten in Angriff genommen wird. Als sie das Amt im Juli 2004 übernahm, stellte sie fest, dass das Budget für die durchgeführten Arbeitsschritte bereits überzogen worden war. Vom gesprochenen Kredit sind heute noch 100'000 Franken vorhanden. Die Übung wurde gestoppt und an einer Klausurtagung im letzten Herbst hat der Gemeinderat beschlossen, Leitsätze und Schlüsselziele zu formulieren sowie die Bevölkerung mit einzubeziehen, wie dies in der Vorlage 145 gefordert wird. Die Zukunftskonferenz hat weniger als

20'000 Franken gekostet. Zur Durchführung der Ergebniskonferenz ist noch Geld vorhanden. Auch eine rein technische Revision kostet und es müsste ein Konzept vorliegen. Sinnvoll ist es, zuerst räumliche Entwicklungskonzepte für Siedlung und Verkehr zu erstellen und danach analog die Landschaftsplanung vorzunehmen. Schwerepunkt mässig muss u. a. folgendes geprüft werden: Entwicklung des Zentrums unter Einbezug auch der Interessen des Gewerbes, Stärkung und Erhalt von Quartierzentren, Erhalt von Wohnqualität und Grünzonen, Erhaltung des offenen landwirtschaftlich geprägten Landwirtschaftsraum mit verbesserter Gliederung, Verbesserung der Siedlungs- und Waldgrenzgebiete. An der Zukunftskonferenz wurde bewusst darauf geachtet, dass alle Kreise vertreten waren. Je sorgfältiger jetzt gearbeitet wird, umso einfacher wird das Genehmigungsverfahren durchzuführen sein. Es ist vorgesehen, befristet eine Fachperson zu 40 % anzustellen. Nicht zuletzt die Vorbereitung der technischen Revision bedeutet einen grossen Aufwand, wie Daten zusammentragen, diese systematisieren und auf Rechtmässigkeit prüfen. Abschliessend macht A. Schuler darauf aufmerksam, dass die Ablehnung des Kredits grossen Schaden anrichten würde. Sie bittet dringend, das Geschäft direkt zu beraten oder an die BPK zu überweisen. Insbesondere die engagierten Teilnehmenden der Zukunftskonferenz müssten enttäuscht zur Kenntnis nehmen, dass der Einwohnerrat keine Entwicklung bzw. Verbesserung in Binningen für möglich hält und dass ihre Mitwirkung nicht ernst genommen wird.

Detailberatung: entfällt.

Präsidentin V. Dubi lässt über den Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

://: Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

(19 Ja, 20 Nein)

Mit deutlichem Mehr wird beschlossen.

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 4

Geschäft Nr. 57

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.4.2005 und Bericht der GRPK vom 18.5.2005:

Rechnung 2004

Eintreten:

FDP: *M. Ziegler* stellt fest, dass die Rechnung 2004 geradezu unanständig gut ausgefallen ist. Bei einem Aufwand von nahezu 70 Mio. Franken bleibt ein Überschuss von 10 Mio.; inzwischen sind es bereits 16 Mio. an Vorfinanzierungen, dies bei einer Verzinsung zu nur 1 % und bei einem Ausgabenniveau u. a. im Sozialbereich, welches im Kanton einzigartig ist. Das bedeutet, dass jeder 7. Steuerfranken den Einwohnerinnen und Einwohnern zuviel aus der Tasche gezogen worden ist. Einmal mehr ist der Fraktion die Zunahme der Personalkosten negativ aufgefallen. Es ist deshalb richtig, dass das Personalreglement unter die Lupe genommen wird. Ausserdem erwartet sie, dass bald eine Mehrwertsteuer-Revision vorgenommen wird. Überdies hätten die Kosten für die Jahrtausendfeier nicht dem Kulturfonds, sondern der Laufenden Rechnung belastet werden müssen, wie dies die GRPK im Bericht festhält. Der Gemeinderat versucht den Gewinn mittels vorzeitigen Abschreibungen und Vorfinanzierungen künstlich niedrig zu halten. Die Fraktion stimmt den GRPK-Anträgen zu, insbesondere der rückwirkenden Steuersatzsenkung um 2 %.

SP: *A. Braun* greift die Aussage des Vorredners betreffend Personalkosten auf. Offenbar wurden diese in den letzten Jahren knapp budgetiert. Auch seine Fraktion würde eine realistischere Budgetierung befürworten. Möglicherweise wäre eine zeitlich beschränkte Aufstockung des Personals in den Bauabteilungen oder aber die externe Vergabe gewisser Planungsaufgaben sinnvoll. Zu den Investitionen: Seit mehreren Jahren werden sie nur teilweise realisiert. Aus Sicht der SP-Fraktion gäbe es Verschiedenes zu verbessern. Bei mehreren Liegenschaften der Gemeinde sind Sanierungen hinausgeschoben worden, beispielsweise beim Schulhaus Spiegelfeld Nord. Ausführungsbereite Projekte sollten deshalb im Budget 2006 vorgezogen werden. Die aus den Jahren 2001 - 2003 stammenden über Erwarten hohen Steuereinnahmen werden sich in Zukunft nicht wiederholen. Für das aktuelle Budget hat der Gemeinderat bereits eine Anpassung bzw. Erhöhung vorgenommen. Bezüglich Steuerfuss ist seine Fraktion der Auffassung, dass dieser für das laufende Jahr unverändert belassen werden soll. Bevor eine Senkung beschlossen wird, müssten ein verbindlicher Finanz- und Investitionsplan sowie die Legislaturziele und Budgetzahlen für 2006 vorliegen. Dann wäre auch die SP-Fraktion bereit, eine solche zu prüfen. Laut Gemeindegesetz ist der Steuersatz mit dem Budget zu genehmigen. Nicht ausser Acht gelassen werden darf, dass der Bund zunehmend Aufgaben an die Kantone und diese wiederum an die Gemeinden delegieren.

CVP: *H. Senn* spricht von einer sensationellen Rechnung, was auch für den Selbstfinanzierungsgrad zutrifft. Beim Überschuss handelt es sich nicht um erwirtschaftetes sondern um mittels zu hohem Steuersatz eingenommenes Geld. Er ist überzeugt, dass es auch in den kommenden Jahren höher als erwartete Steuereinnahmen geben wird. Die Aufgabenteilung Kanton / Gemeinden im Bereich Schule ist noch nicht umgesetzt, d. h. es besteht noch Spielraum. Der Personalaufwand hat erneut um 0,7 Mio. zugenommen. Zwar gibt es Positionen, die schwierig vorhersehbar sind. Trotzdem ist es richtig, dass das Personalreglement revidiert wird. Mit den Vorfinanzierungen, wie sie der Gemeinderat vorschlägt, ist seine Fraktion nicht einverstanden. In der Gemeindeordnung ist auch nachzulesen, dass ein ausgeglichener Haushalt anzustreben ist, was seit langem nicht mehr der Fall ist.

SVP: *E. Kohl:* Seit Jahren behauptet der Gemeinderat, es werde sich nie mehr ein so gutes Resultat ergeben. Binningen verfügt über ein sehr hohes Finanzvermögen, das Verwaltungsvermögen ist auf null abgeschrieben, das Eigenkapital beziffert sich auf 12 Mio. und für Vorfinanzierungen sind 17 Mio. vorhanden. Binningen ist demnach eine Bank. Deshalb ist eine Steuersenkung angebracht. Der Steuersatz ist flexibel den Gegebenheiten anzupassen. Was die Investitionen angeht, hat die Gemeinde nicht wirklich einen Nachholbedarf. Um das Eigenkapital abbauen zu können, müsste die Gemeinde ein Defizit in Budget oder Rechnung ausweisen. Abschliessend noch eine Randbemerkung: Der Kulturfonds ist für Institutionen reserviert, welche mit einem Projekt an die Gemeinde gelangen und nicht für Ausgaben, welche ins ordentliche Budget oder in die Rechnung gehören.

Grüne/EVP: *M. Schmidli* meint, dass nicht davon ausgegangen werden darf, dass auch in Zukunft derart hohe Steuereinnahmen die Regel sein werden. Es wäre daher zum heutigen Zeitpunkt falsch, die gute Finanzlage leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Für die Einwohner/innen ist ein ständig schwankender Steuerfuss nicht besonders attraktiv. Wie die Zukunftskonferenz gezeigt hat, haben viele von ihnen noch andere Wünsche und Bedürfnisse nicht allein ein niedriger Steuersatz. Klar genannt wurden ein attraktives Dorfzentrum, günstiger Wohnraum, vernetzte Grünflächen. Der Überschuss könnte deshalb für entsprechende Vorfinanzierungen verwendet werden. Im Übrigen schliesst sich ihre Fraktion dem Votum der SP an. Die Steuersatzdebatte soll im Zusammenhang mit dem Budget geführt werden, wenn die notwendigen Unterlagen vorliegen. Die gemeinderätlichen Anträge werden unterstützt.

Stellungnahme des Gemeinderats: *J. Saxer* gibt zu, dass die vorliegende Rechnung überaus erfreulich ist. Viele Gemeinden hätten gerne unsere "Sorgen". Die gute Finanzlage erlaubt, in allen Bereichen einen hohen Standard zu führen. Bezüglich Differenzen in der Investitionsrechnung ist festzuhalten, dass aufgrund von Einsparungen usw. gewisse Investitionen nicht ausgeführt wurden und nicht infolge Sparens. Das von *A. Braun* erwähnte Beispiel des Spiegelfeld-Schulhauses ist schlecht gewählt, dabei handelt es sich um einen kantonalen Bau. Wenn der Kanton eine Investition bewilligt hat, tätigt die Gemeinde eine Vorfinanzierung, welche vom Kanton inkl. Zins zurückbezahlt wird. Die Umstellung auf die einjährige Steuerperiode im Jahr 2001 hat zu aussergewöhnlichen Einnahmen geführt, welche sich ganz klar in Zukunft nicht mehr in diesem Mass wiederholen werden. Der Selbstfinanzierungsgrad über acht Jahre beträgt 165,3 %. Konkret standen 28,6 Mio. zur Verfügung für die Tilgung von Schulden und für Vorfinanzierungen. Der Gemeinderat vertritt die klare Meinung, dass die Steuersatzdebatte mit dem Budget zu führen ist.

Grüne/EVP: *K. Birkhäuser* möchte die Aussage von *E. Kohl* nicht unwidersprochen stehen lassen. Er erinnert daran, dass hier im Rat in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Budget sehr wohl Spardiskussionen geführt wurden. Beispielsweise wurden Sparlampen für Strassen nicht bewilligt und betreffend Kulturbeiträge an Basel-Stadt fand eine überaus peinliche Debatte statt. Obwohl Geld vorhanden ist, wird in diversen Bereichen gespart, nicht zuletzt auch bei der Bausubstanz. Tatsache ist auch, dass der Kanton Aufgaben an die Gemeinden überwälzt oder erbrachte Dienstleistungen in Rechnung stellt.

FDP: *G. Metz* weist darauf hin, dass eine Steuersenkung bereits letztes Jahr hätte vorgenommen werden können, was aus technischen Gründen nicht getan wurde. Wie wollen die Steuersenkungsgegner ihre Haltung beim vorliegenden Resultat den Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber rechtfertigen?

SP: *S. Zürcher* bestreitet keineswegs, dass die Gemeinde über mehr Geld als notwendig verfügt. Betrachtet man die Zahlen genauer, so wurde effektiv eine Million an Steuern mehr eingenommen entsprechend 1 %. Die Rechnung ist sozusagen Geschichtsschreibung. Um die künftige Strategie festlegen zu können, muss der Finanzplan für die nächsten Jahre vorliegen. Wenn darüber diskutiert worden ist und eine Einigung vorliegt, ist seine Fraktion nicht jene, die Steuern auf Vorrat erheben will.

SVP: *E. Kohl* hält dem Vorredner entgegen, dass seit zwei Jahren eine Steuerreduktion zur Diskussion anstehen würde und diese nicht geführt wurde. Auch die Argumentation von Gemeinderat *Saxer* ist nicht glaubwürdig; vor einiger Zeit hat die Exekutive selber eine Reduktion des Steuersatzes während des Jahres beantragt und war dies problemlos möglich.

FDP: *M. Ziegler* führt ein weiteres Argument an. In der Schweiz herrscht eine gute Steuerzahlungsmoral. Dies ist sicher dem Umstand zu verdanken, dass der/die Steuerzahler/innen den Eindruck haben, dass ihr Geld sinnvoll eingesetzt wird. Wenn sie jedoch erkennen, dass ihnen zuviel Geld genommen wird, riskiert man die Abnahme der Zahlungsmoral. Die FDP-Fraktion wird wenn nötig auch bereit sein, die Steuern wieder zu erhöhen.

SP: *G. Köhler* gibt zu bedenken, dass nicht alle zu den Privilegierten gehören, die eine Steuerreduktion stark spüren. Wenn die Gemeinde aufgrund niedriger Steuern für Reiche immer attraktiver wird, steigen auch die Bodenpreise ins Unermessliche. Für viele Mieter/innen wird es daher unerschwinglich, in Binningen zu wohnen. Es muss auch in die Zukunft geschaut werden, denn es stehen grosse Projekte an, wie z. B. der Generelle Entwässerungsplan.

SP: *A. Braun* präzisiert, dass damals als die Steuern während des Jahres gesenkt wurden, der Finanzplan vorlag. Momentan blockierte Projekte sollten vorgezogen werden, beispielsweise Sanierung Gemeindeliegenschaften, Schulen, Informatikprojekt u. a. m.

Detailberatung: entfällt

Stellungnahme des Gemeinderats: *M. Joset* erklärt bezüglich Kulturfonds, dass die Kriterien für dessen Verwendung in einem Gemeinderatsentscheid festgehalten sind. Es handelt sich immer um einmalige Aufwendungen, welche einen Bezug zur Gemeinde aufweisen müssen. Für den Film wäre ein Nachtragskredit notwendig gewesen. Er wurde nicht zuletzt für die mitmachenden Vereine zur Erinnerung produziert.

Mit 38 Ja und 1 Nein wird beschlossen:

://:	4.1 Die Jahresrechnung 2004 wird wie folgt genehmigt:	
	4.2 Der Brutto-Überschuss 2004 wird wie folgt verwendet	CHF
	4.2.1 Einlage in den Kulturfonds	52'837
	4.2.2 Ordentliche Abschreibungen (Verwaltungsvermögen)	200'000
	4.2.3 Zusätzliche Abschreibungen (Verwaltungsvermögen)	5'328'946
	4.2.4 Abschreibungen (Finanzvermögen)	363'454
	4.2.5 Einlagen für Vorfinanzierungen	4'700'000
	4.2.6 Zuweisung an das Eigenkapital	43'197
	4.3 Die Gemeinderechnungen 2004 werden wie folgt genehmigt:	
	4.3.1 Bestandesrechnung:	
	Aktiven	51'889'893
	Passiven	51'846'696
	4.3.2 Laufende Rechnung	
	Aufwand	67'124'027
	Ertrag	67'167'224
	Ertragsüberschuss	43'197
	4.3.3 Investitionsrechnung:	
	Ausgaben	4'166'570
	Einnahmen	1'670'480
	Nettoinvestitionen	2'496'091

CVP: *H. Senn* ruft nochmals dazu auf, die Steuersenkung anzunehmen. Trotzdem kann der hohe Dienstleistungsgrad aufrechterhalten werden. Bekanntlich hat das Bundesgericht entschieden, dass der Eigenmietwert massiv steigen wird und der Mieterabzug wird wegfallen. Auch deshalb muss Gegensteuer gegeben werden.

Mit 24 Ja zu 15 Nein wird beschlossen: (Zweidrittelsmehr notwendig)

://:	4.4 Die Steuersätze bleiben unverändert.
-------------	---

Traktandum 5**Geschäft Nr. 59**

Antrag des Gemeinderats vom 12.4.2005 und Bericht der GRPK vom 18.5.2005:
Jahresbericht 2004

GRPK-Präsident M. Metz weist darauf hin, dass ihm ein Fehler unterlaufen ist. Der Bericht muss genehmigt und nicht wie im Bericht geschrieben steht, zur Kenntnis genommen werden.

Eintreten:

SP: *S. Zürcher:* Der Bericht gibt umfassend Auskunft über die Verwaltungstätigkeit. Für den Sozialdienst wird es zunehmend schwieriger. Die Arbeitsmarkt-Situation wird auch in Binningen immer mehr spürbar. Gespannt wartet seine Fraktion auf die detaillierte Zustandsanalyse der gemeindeeigenen Liegenschaften. Er möchte an dieser Stelle danken, einerseits für den Bericht, andererseits für die gute Arbeit, welche das Jahr hindurch geleistet wird.

SVP: *U. Schaub* dankt ebenfalls für den ausführlichen Bericht. Einige Punkte möchte er aufgreifen: z. B. möchte er wissen, weshalb die Beiträge an kulturelle Institutionen von 50'000 auf 70'000 Franken erhöht wurden. Wie kommt es, dass die Sinfonietta den zweithöchsten Beitrag erhält, bisher jedoch nicht berücksichtigt worden ist. Vergangenen Herbst hat das Volk bekanntlich Beiträge an die Sinfonietta abgelehnt. Bei den Kinderschutz-Massnahmen ist ein Anstieg von über 100 % ausgewiesen. Eine Entwicklung, die bedenklich stimmt.

Grüne/EVP: *U. von Bidder:* Der Jahresbericht wird verdankt. Er gibt eine gute Rückschau über das Jahr 2004. Auffallend ist die steigende Tendenz für Beschwerden in den verschiedensten Bereichen. Dies kostet nicht nur Geld, sondern absorbiert auch Arbeitskräfte auf der Verwaltung. Es ist für den künftig in anderer Form präsentierten Bericht wünschbar, dass die Balance gefunden wird zwischen Zusammenfassung und Vereinfachung der Vorgänge und gleichzeitig Wahrung der Aussagekraft.

Stellungnahme des Gemeinderats: *C. Simon* dankt für die positive Aufnahme des Dokuments. Die von U. Schaub gestellte Frage betreffend Kulturbeitrag sowie Sinfonietta wird er dem zuständigen M. Joset zur Beantwortung überlassen.

Gemeinderat M. Joset: Wie im Bericht erwähnt wird, sollen wenige Institutionen gezielt unterstützt werden. Diese Ansicht vertritt auch die Vorortskonferenz und ist bestrebt, eine Koordination unter den Gemeinden zu erreichen. Bezüglich Sinfonietta ist festzuhalten, dass es bei der Abstimmung um einen zusätzlichen Beitrag ging. Umstritten war lediglich das System, es ging jedoch nicht um das Orchester als solches. Während Jahren richtete Binningen an baselstädtische kulturelle Institutionen 70'000 Franken aus. Wegen einer Sparübung wurde der Beitrag auf 50'000 gesenkt. In Anbetracht der guten Finanzlage wurde er wieder aufgestockt. Immerhin profitieren viele Einwohner/innen davon.

Detailberatung: entfällt

Einstimmig wird beschlossen:

://: Der Jahresbericht wird genehmigt.
--

Traktandum 6**Geschäft Nr. 54**Interpellation, FDP-Fraktion vom 8.3.2005: **Schutzraumbestand**

Stellungnahme des Gemeinderats: *B. Gehrig* führt aus, dass gemäss § 29 der Verordnung zum Gesetz über den zivilen Bevölkerungsschutz eine Befreiung von der Erstellung von Schutzbauten dann möglich ist, wenn 100 % der ständigen Wohnbevölkerung einen Schutzraum haben. Der Interpellant geht davon aus, dass in einzelnen Quartieren eine Überkapazität besteht. Generell ist betreffend Pflichtschutzplätze festzustellen, dass im Jahr 2000 eine Software angeschafft wurde, mit welcher eine genauere Übersicht über die vorhandenen Schutzräume und deren Qualität erfasst werden kann. Seit 2001 wird der Zustand der Räume von Zivilschützern vor Ort kontrolliert. Es gibt zwei Kategorien: solche mit Belüftung und solche ohne. Letztere sind nur bedingt verwendbar. Deshalb werden sie bei der Zählung im Hinblick auf eine Befreiung der Schutzraumpflicht nicht berücksichtigt. Binningen weist zu wenig belüftete Schutzräume aus. In den letzten vier Jahren sind 822 Liegenschaften, welche nach 1968 erstellt wurden, kontrolliert worden. Die restlichen 256 Liegenschaften welche vor 1968 erstellt worden sind, werden ebenfalls geprüft.

Zu Frage 1: Wie ist die Schutzraumbilanz der drei Quartiere in Binningen (Ist- / Soll-Bestand für private und öffentliche Schutzräume)?

Bei einer Bevölkerungszahl von rund 14'000 stehen in Binningen 10'590 vollwertige Schutzräume zur Verfügung. Es fehlen somit noch rund 3'600 Plätze. Eine Befreiung ist demnach nicht möglich.

Zu Frage 2: Hat Binningen ein Überangebot an Schutzräumen (insgesamt oder in einzelnen Quartieren)?

Die Frage muss verneint werden. Eine Einteilung in Quartiere bezüglich der Schutzraumpflicht besteht nicht. Eine solche gibt es nur bezüglich der Organisation der betreuungsdienstlichen Aufgaben.

Zu Frage 3: Mit wie vielen Ersatzbeiträgen ist aufgrund der durchschnittlichen Bautätigkeit pro Jahr zu rechnen und wird das Geld zweckgebunden für die Finanzierung der Zivilschutzaufgaben verwendet?

Die Ersatzbeiträge für Schutzplätze werden vom kantonalen Amt für Militär und Bevölkerungsschutz errechnet. Sie sind in jedem Fall zweckgebunden, nämlich zur Erstellung von Ersatz-Schutzräumen. Eine Prognose bezüglich Höhe der jährlichen Ersatzbeiträge ist nicht möglich.

Zu Frage 4: Was passiert mit den nicht mehr gebrauchten öffentlichen Schutzräumen?

Bauabteilungen und Zivilschutzstelle haben einen entsprechenden Bericht erstellt. Derzeit diskutiert und beurteilt der Gemeinderat den künftigen Verwendungszweck der nicht mehr gebrauchten öffentlichen Schutzräume.

Seines Erachtens wäre grundsätzlich zu hinterfragen, ob die gesetzliche Forderung nach privaten und öffentlichen Schutzräumen nicht überholt ist.

FDP: *M. Ziegler* ist mit den Antworten zufrieden. Er vermisst jedoch die konkrete Antwort auf die erste Frage. Ausserdem möchte er erfahren, ob es möglich wäre, Quartiere zu schaffen, um diese von der Pflicht zu befreien.

B. Gehrig verspricht die genaue Zahl noch nachzuliefern. Er führt aus, dass es weder möglich noch denkbar ist, dass innerhalb der Gemeinde verschiedene Rechte gelten. Im Übrigen steht im Gesetz "die Gemeinde". Sind einmal alle Schutzräume erfasst, kann die Befreiung von der Schutzraumpflicht in Betracht gezogen werden.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Traktandum 7**Geschäft Nr. 56**Interpellation SP-Fraktion vom 10.3.2005: **Wo stehen wir am Kronenplatz?**

Stellungnahme des Gemeinderats: C. Simon räumt ein, dass die Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema seit Frühling 2004 vernachlässigt worden ist. Vom zuständigen kantonalen Amt wurde lediglich mitgeteilt, dass der Kreisel doch so gebaut wird, dass die Blutbuche erhalten bleibt. Im Übrigen sind bekanntlich immer noch Einsprachen hängig.

Zu Frage 1: Wann rechnet der Gemeinderat mit dem Beginn der Umgestaltung des Kronenplatzes? Im Juni werden die Tiefbauarbeiten beginnen, d. h. Wasser- und Abwasserleitungen, gemäss Beschluss des Einwohnerrats im März. Sie werden etwa ein Jahr dauern. Die verschiedenen Etappen sind im Binninger Anzeiger dargelegt worden.

Im Sommer wird der Kantonsgerichtsentscheid erwartet. Fällt dieser zu Gunsten der Gemeinde aus und wird der Entscheid nicht an die nächste Instanz weiter gezogen, kann der Kanton im Juni 2006 mit der eigentlichen Umgestaltung beginnen.

Zu Frage 2: Wie und in welcher Reihenfolge sind die Bauarbeiten vorgesehen (Tram, Wohn- und Geschäftshaus, Kreisel, Strassen)?

Zuerst wird die Einmündung der Schlossgasse in die Oberwilerstrasse verschoben. Anschliessend wird um das Restaurant Krone das Fundament für die Tramschleife und das Gebäude erstellt gemäss dem Quartierplan Kronenmatten Süd. Schliesslich wird der eigentliche Kronenplatz umgebaut

Zu Frage 3: Wer ist verantwortlich für die Verzögerungen?

In der Basler Zeitung vom 4. Mai erschien ein Artikel, wer die Einsprechenden sind, nämlich insbesondere IG Lärmschutz Neubadrain/Paradiesstrasse. Sie befürchtet, dass ein Kreisel noch mehr Verkehr auf dieser Achse mit sich bringt. Die Gemeinde hat bereits mit Tempo 40 und baulichen Massnahmen einiges dagegen unternommen. Überdies wurde eine Petition beim Kanton eingereicht zum Erhalt der Blutbuche. '

Zu Frage 4: Welche Kosten sind durch die Verzögerungen entstanden?

Konkrete Zahlen zu nennen ist nicht möglich. Die zu 50 % angestellte Juristin im Rechtsdienst beschäftigt sich seit einem Jahr hauptsächlich mit den Stellungnahmen zu den Einsprachen usw. Er selbst sowie auch Regierungsrätin Schneider haben versucht, mit der IG eine einvernehmliche Lösung zu erreichen, allerdings ohne Erfolg. Hinzu kommen noch die Gerichtskosten. Allerdings muss den Einwohnerinnen und Einwohnern das Recht zur Einsprache zugestanden werden.

Zu Frage 5: Zu wessen Lasten gehen diese Kosten?

Zum Teil zu Lasten der Gemeinde, teils auf Kosten des Kantons.

Zu Frage 6: Weshalb informiert der Gemeinderat die Öffentlichkeit nicht über die Verzögerungen?

Inzwischen ist diesbezüglich informiert worden.

Zu Frage 7: Gedenkt der Gemeinderat seine Öffentlichkeitsarbeit auszubauen und zu verbessern?

Generell bemüht sich der Gemeinderat seit einigen Monaten, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren und zu verbessern.

SP: V. Dubi bedankt sich für die Antworten. Mit Befriedigung hat sie die Information im Binninger Anzeiger zur Kenntnis genommen. Oftmals könnten Spitzen durch rechtzeitiges Informieren abgelenkt werden.

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort befriedigt.

Traktandum 8

Diverses

Keine Wortbegehren.

ER-Protokolle: Prot-10 30.5.05.doc /chr